
Peter Haumer, Geschichte der F.R.S.I. Die Föderation Revolutionärer Sozialisten „Internationale“ und die österreichische Revolution 1918/19

mandelbaum kritik & utopie: Wien 2018. 284 Seiten, € 17,00

Dass der revolutionären Bewegung in Österreich nur wenig Augenmerk geschenkt wird, ist wenig verwunderlich, es ist ja „nichts“ geblieben. Das war in den Zwanzigern noch anders, als Otto Bauer den Umsturz von der Monarchie zur Republik als „österreichische Revolution“ bezeichnete (Wien: Verlag der Volksbuchhandlung 1923). Erst nach 1968 entstand ein neuerliches Interesse an den damaligen revolutionären Entwicklungen. Hans Hautmann untersucht in der *Verlorenen Räterepublik* (Wien: Europaverlag 1971) die Frühgeschichte der kommunistischen Partei. Die F.R.S.I. (oder Föderation) wird erwähnt, aber nur im Rahmen der „Vorgeschichte“ der Partei. Die gründlichste Aufarbeitung dieser revolutionären Zeit bleibt Hautmanns *Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924* (Wien: Europaverlag 1987). Viel ist darin schon gesagt, die Rätetheorie von Julius Dickmann und der Föderation wird ausdrücklich gewürdigt. In allen anderen, auch linken, Geschichtsdarstellungen wird nur von der Kommunistischen Partei (KPDÖ – Kommunistische Partei Deutsch-Österreichs, später KPÖ) als nicht ernst zu nehmender revolutionäre Alternative gesprochen, die – außer in der kurzen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg – ohne großen Einfluss blieb. Die Föderation ist selbst in Historiker_innenkreisen relativ unbekannt, vermutlich auch deshalb, weil sie nur etwas länger als ein halbes Jahr existierte.

Während die am 3. November 1918 von einer kleinen Gruppe überstürzt gegründete KPDÖ in den ersten Monaten nur eine von den

Bolschewiki geförderte Sekte war, hatte die drei Wochen später entstehende Föderation einen um ein vielfaches größeren Einfluss. Die Föderation vertrat originelle Positionen, etwa einen konsequenten Internationalismus, der sich in der Vielsprachigkeit ihrer Organisation ausdrückte (polnisch, tschechisch, jiddisch) und damit das Proletariat der Metropole Wien repräsentierte. Sie wandte sich in ihren Positionen konsequent gegen jeden Nationalismus, was von der Sozialdemokratie nicht unbedingt behauptet werden kann.

Peter Haumer „entdeckte“ in Hautmanns oben erwähnter *Geschichte der Rätebewegung* die Beschreibung der Rätetheorien Julius Dickmanns, begann daraufhin in den Archiven zu forschen und bemühte sich um die Herausgabe der Schriften dieses Theoretikers der Föderation (Peter Haumer, Julius Dickmann. „... daß die Masse sich selbst begreifen lernt.“ Politische Biographie und ausgewählte Schriften, Wien: Mandelbaum 2015). Zugleich veröffentlichte Haumer eine Broschüre über Leo Rothziegel, den wichtigsten Aktivisten und Kämpfer der Föderation, dessen Bedeutung sich schon darin zeigt, dass er von der KP vereinnahmt wurde, obwohl er bereits am 22. April 1919 in der Verteidigung der ungarischen Räterepublik erschossen wurde und der zwar sympathisierender Kritiker, aber nie Mitglied der Partei war (Peter Haumer, „Bitte schicken Sie uns einige Maschinengewehre und Zigaretten.“ Leo Rothziegel (5.12.1892–22.4.1919), Jüdischer Proletarier und Revolutionär, Wien: Institut für Anarchismusforschung 2015).

Haumers nunmehr erschienene *Geschichte der F.R.S.I.* beginnt mit dem Jännerstreik 1918 (S. 24–48). Dieser bricht am 14. Jänner 1918 aufgrund der Reduzierung der Mehrlation in der Wiener Neustadt aus und ist zudem durch die gerade laufenden Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk motiviert, in denen das revolutionäre Sowjetrussland den Mittelmächten gegenüber steht. Die Streiks und Demonstrationen erfassen ganz Wien und breiten sich schließlich über die gesamte Monarchie aus. Auf ihrem Höhepunkt befinden sich eine Dreiviertelmillion Menschen im Streik. Die österreichische Sozialdemokratie, die sich anders als die deutsche nicht gespalten hat und auch weiter links als diese steht, setzt

sich an die Spitze dieser Ausstandsbewegung – und kann sie schließlich abwürgen. Aus den spontanen Streikkomitees bilden sich überbetriebliche Arbeiterräte, die in der Niederlage von der sozialdemokratischen Partei formalisiert und dadurch gezähmt werden.

Einige Wochen vorher hatte sich ein illegaler Arbeiter- und Soldatenrat gebildet: Die *Revolutionären Sozialisten Wiens* treten in Streikversammlungen auf, geben Flugblätter zum Streik heraus (S. 49–67) und agitieren für den Frieden sowie für die Bildung von Arbeiter_innenräten; nach dem Ende des Streiks prangern sie den Verrat der Sozialdemokratie an. Die Gruppe ist ein Zusammenschluss von Anarchist_innen, Anarchosyndikalist_innen, Kommunist_innen, Aktivist_innen der *Poale Zion* („Arbeiterzionisten“), aber auch von Gruppen, die in der Sozialdemokratie organisiert sind. Gegen Ende des Streiks wird der Zusammenschluss zerschlagen, die meisten Aktivist_innen bleiben bis zum Zerfall Österreich-Ungarns in Haft. Die *Revolutionären Sozialisten Wiens* spielten eine maßgebliche Rolle bei der Gründung der Föderation.

Nachdem sich im Herbst 1918 die verschiedenen Nationen der Habsburger Monarchie unabhängig erklärten, setzt sich in den deutschsprachigen Gebieten eine „österreichische Revolution“ durch (S. 72–75). Neben der sozialdemokratisch dominierten provisorischen Nationalversammlung zeigen sich in den letzten Wochen vor dem Ende der Monarchie und den ersten Monate der Republik massive revolutionäre Bestrebungen. Eine kleine Gruppe, an der sich hauptsächlich Intellektuelle beteiligten, gründet am 3. November 1918 mit Unterstützung bolschewistischer Vertreter_innen die KPDÖ. Zur gleichen Zeit entsteht eine *Rote Garde*, die sich als „Schutzwehr des Proletariats gegen die Reaktion“ versteht. Sie wird Teil der sozialdemokratisch dominierten Volkswehr, in der die Männer, die die F.R.S.I. gründen werden, ebenfalls großen Einfluss gewinnen.

Am 9. November 1918 erscheint die Zeitung *Der Freie Arbeiter*, nach der zweiten Nummer mit einer Beilage *Die Rote Garde* (S. 76–83). Diese Zeitung wird das politische Organ der am 28. November 1918 gegründeten F.R.S.I. Den Kern der linksradikalen Föderation bilden Ak-

tivist_innen, die sich bereits aus dem Jännerstreik kennen, viele von ihnen wurden erst kurz zuvor aus dem Gefängnis entlassen.

Im Hauptteil seiner *Geschichte der F.R.S.I.* diskutiert Haumer die Positionen der Föderation in der Zeit, in der ihr Einfluss am größten war. Die F.R.S.I. organisiert sich in Betriebs-, Kasernen- und Sprachgruppen. Sie will keine Partei sein. Jede Parteiform würde schließlich im Parlamentarismus enden und sich damit von der Selbstorganisation der Arbeiter_innen in den Räten entfernen (S. 83–87). Das Programm wird nicht, wie in der KP, von oben vorgegeben, sondern in fünf öffentlichen Versammlungen diskutiert. Anders als in der Kommunistischen Partei können Mitglieder der Föderation zugleich Mitglied in einer anderen Organisation sein. Entscheidend ist die Verbindlichkeit revolutionärer Prinzipien, nicht die formale Zugehörigkeit.

Die Sozialdemokratie, referiert Haumer die Position der F.R.S.I., glaube nicht an das Selbstbewusstsein und die Fähigkeiten der Arbeiter_innenklasse, weil sie diese bevormunden wolle. Die als Alternative vorgetragene „syndikalistische“ Position verlange die „Besitzergreifung der Produktion und die Expropriation durch die Arbeiterräte“ (S. 96–101). Im Gegensatz dazu, kritisiert die Föderation, wolle die KP das alte System niederreißen, ohne sich um eine zukünftige Organisation zu kümmern. Allein die Arbeiter_innen in den Betrieben können „durch die Tat“ von den Fabriken Besitz ergreifen; dabei würden sie in wenigen Tagen oder Wochen mehr lernen als durch das demokratische Geplänkel der Sozialdemokratie oder die Aktionen einer radikalen Minderheit.

Ein besonderer Kritikpunkt der Föderation an der österreichischen Sozialdemokratie ist deren Forderung eines Anschlusses an Deutschland (S. 101–108, S. 114–119). Die Föderation plädiert dagegen für eine Donauföderation der Sowjets; später, nach der Ausrufung der ungarischen Räterepublik, rückt diese tatsächlich in greifbare Nähe. Anlässlich der Pogrome in Lemberg im November 1918 wendet sich, neben der *Poale Zion*, auch die Föderation kategorisch gegen jeden Antisemitismus (S. 109–113). Im Gegensatz dazu schreibt die Sozialdemokratie, wie Haumer anhand eines in der *Arbeiterzeitung* vom 29.11.1918 er-

schienenen Artikels belegt, „jüdischen Kapitalisten“ eine gewisse Schuld zu (S. 109 f).

Die Föderation lehnt den Parlamentarismus ab; sie erkennt aber, dass sich die Arbeiter_innen von der sozialdemokratischen Partei eine revolutionäre Veränderung erwarten (S. 120–124). Anlässlich der ersten Wahlen am 16. Februar 1919 unterstützt die Föderation sozialdemokratische Kandidat_innen, um nicht für eine Niederlage der Linken gegenüber der Konterrevolution verantwortlich zu sein. Die Arbeiter_innen, so die taktische Erwägung, würden schließlich aus Enttäuschung über die ausbleibende Revolution von der Nutzlosigkeit der parlamentarischen Beteiligung überzeugt werden. Bei den Wahlen wird die Sozialdemokratie stärkste Partei. Sie führt die Koalitionsregierung mit den Christlich-Sozialen fort (an der die Großdeutschen nicht mehr beteiligt sind), um, wie die Föderation kritisiert, keine Verantwortung für die Verhinderung der Revolution übernehmen zu müssen.

Ein wichtiges Aktionsfeld der Föderation sind die Arbeitslosen (S. 126–154). Die Föderation fordert, im Gegensatz zur bereits beschlossenen staatlichen Arbeitslosenhilfe, die Weiterzahlung des Lohnes durch die Unternehmen; regional hat sie damit Erfolg, etwa in Vöslau, einer Kleinstadt südlich von Wien. Bei den im Frühjahr 1919 anstehenden Rätewahlen tritt die Föderation im Gegensatz zur Sozialdemokratie und den Kommunisten dafür ein, dass die Arbeitslosen nicht bezirksweise, sondern in ihren vorherigen Betrieben abstimmungs-berechtigt sind.

Die F.R.S.I. kritisiert die bestehenden Arbeiterräte: Die „Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei“ würden sich diesen „schönen Namen“ geben, um jede aufbrechende Bewegung zu dämpfen (S. 154–169, Haumer zitiert hier aus dem *Freien Arbeiter* vom 8. März 1919). Vorerst können nur Mitglieder der sozialdemokratischen Partei oder affiliiertter Organisationen als Arbeiterräte gewählt werden. Durch Doppelmitgliedschaften in der Sozialdemokratie werden aber auch Anhänger_innen der Föderation zu Räten gewählt. Seit dem Rätekongress Anfang März 1919 wird es revolutionären Parteien und Gruppierungen

erlaubt, sich als Kandidat_innen an den Wahlen zu beteiligen. Die F.R.S.I. bildet nun mit der KP und der *Poale Zion* einen „linken Block“, der im Frühjahr 1919 jedoch nur fünf Prozent der Stimmen gewinnt, die meisten davon unter Arbeitslosen. Die Beteiligung der Arbeitslosen an den Rätewahlen ist enttäuschend gering, ausgenommen dort, wo, wie im Arsenal, der größten Waffenschmiede während des Krieges, die Abstimmung im Betrieb durchgeführt wird.

Am 21. März 1919 wird die ungarische Räterepublik ausgerufen, am 6. April dann eine Räterepublik in Bayern (S. 170–182). Streiks der Fabrikarbeiter_innen, der Streik der Eisenbahner_innen sowie die zunehmende Zahl an Demonstrationen von Invaliden und Heimkehrern, „wilden Sozialisierungen“ und anderen Unruhen lassen bürgerliche Beobachter_innen eine Revolution befürchten.

Das Prestige der ungarischen Räterepublik, aber auch die direkte finanzielle Unterstützung durch sie steigert die Bedeutung der österreichischen KP. Deren Mitgliederzahl war schon vorher durch den Beitritt von Russlandheimkehrern vergrößert worden. Im Frühjahr 1919 gerät die Föderation dadurch immer mehr ins Hintertreffen (S. 183–195).

Zum Höhepunkt der Krise in Österreich im Frühjahr 1919 streben sämtliche revolutionären Gruppierungen den Anschluss an die bestehenden Sowjetrepubliken an (S. 196–211). Die erste Gelegenheit dazu eröffnete die Gründonnerstagsdemonstration am 17. April 1919. Invaliden, Heimkehrer und Arbeitslose belagern das Parlament. Fünf Polizisten und eine Zivilstin werden getötet, hunderte Polizisten und Demonstrant_innen verletzt. Sowohl die KPDÖ als auch die Föderation erkennen nicht die Gunst der Stunde. Die KP ist nach den Unruhen zerstritten und gelähmt, auch weil sie des Putschversuches beschuldigt wird. Friedrich Adler, der sozialdemokratische Volksheld – er hatte während des Krieges den Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh erschossen –, hat sich im Namen der Arbeiterräte dagegen ausgesprochen, dass sich der linke Flügel der sozialdemokratischen Partei ähnlich wie in Ungarn an einer etwaigen Räterepublik beteiligt. Auch die Föderation war intern zerstritten: Während eine aktive Minderheit das Konzept ver-

trat, einen Umsturz zu forcieren, sprach sich die Mehrheit in der Föderation dagegen aus. Der *Freie Arbeiter* berichtet zwar über die Gründonnerstagsdemonstration, erwähnt aber nur die Polizeirepression, nicht jedoch die revolutionäre Potenzialität des Ereignisses: „Der Aspekt, dass ungarische und österreichische KommunistInnen dies auch als eine Möglichkeit sahen, eine Räterepublik auszurufen, wird [Ende April] nicht einmal verdeckt angesprochen“ (S. 208f.).

Um die Auseinandersetzungen innerhalb der Föderation darzustellen, referiert Haumer die Einstellung, die Julius Dickmann bezüglich der Räte vertritt (S. 212–222). Dickmann befürwortet Positionen der Linken in der Sozialdemokratie, die das Rätekonzept in die Verfassung aufnehmen will, dagegen kritisiert er die sofortige Ausrufung einer Räterepublik durch eine radikale Minderheit; dies würde die sozialdemokratische Linke in die Arme der Rechtssozialisten drängen. Der erste Teil dieses Beitrags wird im *Freien Arbeiter* veröffentlicht, mit einer redaktionellen Vorbemerkung, dass „wir nicht in allen Punkten seiner Anschauung sind“. Die beiden weiteren Teile des Textes werden dagegen nicht, wie geplant, in der Zeitung der Föderation abgedruckt; sie müssen in der linksliberalen Zeitung *Der Abend* erscheinen. Ende April und Anfang Mai zeigen sich weitere Differenzen (S. 223–229), als die Sektion 1 der Föderation aus Favoriten (dem bevölkerungsreichsten Wiener Gemeindebezirk) zum 1. Mai 1919 eine Veranstaltung mit dem Anarchisten Pierre Ramus organisiert, der als pazifistischer Anarchist Kommunismus und Räterepublik gleichermaßen ablehnt.

Bela Kun schickt Ernö Bettelheim als Vertreter der dritten Internationale nach Wien, um durch einen revolutionären Aufstand einen Anschluss an die Räterepubliken durchzusetzen (S. 230–237). Er setzt die bisherige Parteispitze der KP ab und ersetzt sie durch ein vierköpfiges Direktorium, dem drei Kommunisten und Johannes Wertheim von der F.R.S.I. angehören. Ende Mai gibt die Föderation ihre Auflösung in die KP bekannt. In der Auflösungserklärung wird „gelogen“, dass sich die KP an die Organisationsstrukturen der Föderation angepasst hätte, was zeigt, dass der Zusammenschluss nicht ganz reibungslos funktionierte.

Nach der Auflösung der F.R.S.I. hat die KP kurzfristig so viele Mitglieder wie nie zuvor und auch danach nicht mehr.

Im Juni bietet sich für die Kommunist_innen eine neuerliche Gelegenheit zum Anschluss an die Räterepubliken (S. 238–244). Für den 15. des Monats kündigt die Regierung den Abbau der Volkswehr an, was das Zurückdrängen einer proletarischen Organisation, aber auch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bedeutet hätte. Die Kommunist_innen rufen für diesen Tag zu einer bewaffneten Demonstration auf. Zwei Tage davor, am 13. Juni, proklamierte der Staatssekretär für Heereswesen, Julius Deutsch, die Verschiebung des Volkswehrabbaus auf unbestimmte Zeit. Eine Versammlung der Kommunist_innen am Vorabend des 15. hätte wahrscheinlich die Zurücknahme des Aufrufs zur bewaffneten Demonstration beschlossen – wie von einem Teil der Partei in der linksliberalen Zeitung *Der Abend* bereits angekündigt –, wären nicht alle 122 Teilnehmer_innen verhaftet worden. Am nächsten Tag demonstrieren nur einige Tausend für die Freilassung der Gefangenen; in der Hörlgasse werden sie von der Stadtwache mit scharfer Munition beschossen; dies fordert zahlreiche Opfer, zwanzig Tote und Dutzende Verletzte.

In den folgenden Monaten finden vor allem (aber nicht nur) in Betrieben und Regionen, in denen die F.R.S.I. stark war, Aktionen statt, die ein „spontanes“ syndikalistisches Vorgehen auszeichnet; Hilde Wertheim, von der F.R.S.I. zur KP übergetreten, spricht hier von der „Hand der Föderation“ (S. 245–264). Haumer beschreibt, wie es in der Kleinstadt Vöslau im Juli 1919 gelang, eine Räterepublik zu errichten, die allerdings nicht von langer Dauer war.

Haumer rekonstruiert in seiner *Geschichte* nicht nur Diskussionen innerhalb der Föderation, er beschreibt auch historische Entwicklungen, die sonst wenig beachtet wurden, etwa die von der Föderation dominierte Arbeitslosenbewegung, oder Ereignisse wie die Gründonnerstagsunruhen, die bislang aus der Perspektive einer Parteigesichtsschreibung allein daraufhin befragt wurden, ob es einen „Putschversuch“ der Kommunistischen Partei gegeben habe oder nicht.

Der Text von Peter Haumer geht um ein Vielfaches über die sonst ausführliche, aber trockene Historie von Hans Hautmann hinaus. Durch die Dokumentation der Diskussionen, die sich anhand ausführlicher Zitate aus den Zeitungen und Zeitschriften nachvollziehen lassen, entsteht ein lebendiges Bild der damaligen Umbruchzeit. Haumer sympathisiert deutlich mit der Rätebewegung und der Föderation, in der er ein Gegenmodell zum Parteikommunismus erkennt. Er steht der Position um Julius Dickmann nahe, der den „Putschismus“ der KPÖ kritisierte und dagegen die Räte trotz ihrer Verformung durch die Sozialdemokratie starkmachte – eine Position, die innerhalb der Föderation umstritten war. Die spannende Darstellung der Positionen und Auseinandersetzungen lässt allerdings offen, wie stark die jeweiligen Strömungen im Umfeld der Föderation waren. Ich vermute, dass eine anarchistisch-aufständische Position der „direkten Aktion“, auch mit einer Nähe zum „Putschismus“ der KP, bedeutender war, als es bei Haumer scheint. In späteren KP-nahen Publikationen, wie etwa in Hautmanns *Die verlorene Räterepublik* von 1971, ist einige Male von einem negativen syndikalistischen Einfluss die Rede, der von der F.R.S.I. ausgegangen sei.

Haumers Sympathie mit dem Gegenstand seiner Darstellung könnte ihm vielleicht als Mangel an „wissenschaftlicher Neutralität“ angekreidet werden. Doch selbst „wissenschaftliche“ Kritiker_innen werden anerkennen müssen, dass es dem Autor mit seiner *Geschichte der F.R.S.I.* und der Fülle der darin präsentierten Fakten gelungen ist, ein umfassendes Bild der Föderation und der Umbruchsphase in Österreich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zu zeichnen.

Robert Foltin

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 27 (2020), S. 230-238

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

Link: https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00072010



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.